

Zusammenfassung der EU-Reaktionen auf die Covid-19 Pandemie

3. April 2020

Auflistung der europäischen Entscheidungen ¹

Datum	Zahl der Fälle ²	Europäische Reaktion
28. Januar	4 Fälle	Aktivierung des EU-Krisenreaktionsmechanismus (IPCR) im Informationsaustausch-Modus
31. Januar	17 Fälle	Versand von 12 Tonnen Schutzausrüstung nach China.
1. Februar	21 Fälle	Mobilisierung von 10 Mio. EUR für die Erforschung des Virus im Rahmen des EU-Programms Horizont 2020.
24. Februar	177 Fälle	Ankündigung finanziellen Unterstützung der WHO in Höhe von 232 Mio. EUR für Partnerländer in Afrika und China, Impfstoffforschung und Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Rückführung ihrer Bürger.
2. März	2 166 Fälle	Übergang zur vollständigen Aktivierung des ICPR-Schemas.
6. März	5 544 Fälle	Mobilisierung von weiteren 37,5 Mio. EUR für Impfstoffforschung, -behandlung und -diagnostik (derzeitige Gesamtsumme: 47,5 Mio. EUR.)
10. März	14 890 Fälle	Aufhebung der Verpflichtung für Fluggesellschaften, ihre Flughafen-Slots zu nutzen und während der Pandemie ohne Passagiere zu fliegen.

¹ Stiftung Robert Schuman, 26. März 2020

<https://www.robert-schuman.eu/en/doc/divers/covid-european-decisions.pdf>

² Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten. Die Zahlen betreffen die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Mitgliedstaaten der Union, Island, Liechtenstein und Norwegen) und das Vereinigte Königreich.

<https://gap.ecdc.europa.eu/public/extensions/COVID-19/COVID-19.html>

		<p>Mobilisierung von öffentlichen und privaten Mitteln in Höhe von 140 Mio. EUR (Horizont 2020 und Pharmaindustrie) zur Finanzierung der Forschung in den Bereichen Impfstoffen, Diagnostika und Behandlungen.</p> <p>Vorschlag eines Investitionsplan in Höhe von 25 Mrd. EUR zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Epidemie.</p>
12. März	22 105 Fälle	Die EZB gibt 120 Mrd. EUR für den Kauf von Vermögenswerten zur Unterstützung der Wirtschaft bis Ende des Jahres frei.
13. März	28 297 Fälle	<p>Ankündigung von Steuererleichterungen für die Mitgliedstaaten.</p> <p>Erhöhung des Investitionsplans im Rahmen der Kohäsionspolitik auf insgesamt 37 Mrd. EUR, einschließlich nicht ausgegebener Strukturfonds von 2019 in Höhe von 8 Mrd. EUR.</p> <p>Zugang zum EU-Solidaritätsfonds.</p> <p>Einleitung eines gemeinsamen Schnellbeschaffungsverfahrens für medizinische Schutzgeräte und Medikamente.</p>
15. März	39 768 Fälle	Beschränkungen für die Ausfuhr persönlicher Schutzausrüstung (Masken, Visiere usw.) außerhalb der EU.
16. März	51 771 Fälle	<p>Finanzielle Unterstützung für das deutsche Unternehmen CureVac für Impfstoffforschung in Höhe von 80 Mio. €.</p> <p>Mobilisierung von bis zu 40 Mrd. EUR an potenziellen Finanzierungen für von der Krise betroffene europäische Unternehmen durch die EIB in Form von Überbrückungskrediten oder Aussetzung der Kreditrückzahlungen.</p>
17. März	61 098 Fälle	<p>Einführung von Einreisebeschränkungen aus Drittländern in die Union für nicht wesentliche Reisen für 30 Tage.</p> <p>Einsetzung eines beratenden Ausschusses von Epidemiologen und Virologen zur Formulierung von Leitlinien.</p>
18. März	70 989 Fälle	Die EZB startet ein neues Pandemie-Notfallkaufprogramm, das den Rückkauf von Wertpapieren im Wert von bis zu 750 Mrd. EUR bis Ende 2020 ermöglicht.
19. März	82 869 Fälle	Schaffung eines europaweiten Pools medizinischer Geräte (savEU) für die Beschaffung von Atemschutzmasken und Schutzmasken mit einem Budget von 50 Mrd. EUR.
23. März	160 233 Fälle	Die Mitgliedstaaten nehmen eine allgemeine Ausnahmeklausel zur Aussetzung der Verpflichtungen des Stabilitäts- und Wachstumspakt an.

24. März	182 470 Fälle	Abschluss des am 13. März eingeleiteten gemeinsamen Schnellbeschaffungsverfahrens. Medizinische Schutzausrüstung, die von 25 Ländern bestellt wurde, wird innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsunterzeichnung geliefert.
26. März	232 470 Fälle	Abstimmung im Europäischen Parlament über den Investitionsplan in Höhe von 37 Mrd. EUR und die Erweiterung des EU-Solidaritätsfonds um 800 Mio. EUR für 2020.
27. März	265 421 Fälle	
28. März	298 461 Fälle	
29. März	331 132 Fälle	
30. März	359 102 Fälle	
31. März	386 282 Fälle	
1. April	421 808 Fälle	Die Europäische Kommission schlägt ein neues europäisches Instrument für Kurzarbeit vor (SURE)
2. April	455 901 Fälle	Die Europäische Kommission stellt im Rahmen der Struktur- und Investitionsfonds neue „CRII 2“-Maßnahmen vor, um zusätzliche Flexibilität einzuführen: die Möglichkeit einer Kofinanzierungsrate von bis zu 100% für die von der Pandemie betroffenen Regionen;- die Möglichkeit von Übertragungen zwischen EFRE, ESF und Kohäsionsfonds; die Möglichkeit eines Transfers zwischen Kategorien von Regionen (von den reichsten zu den ärmsten Regionen und umgekehrt).

Von der EU in den letzten Wochen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie unternommene Schritte und die Position der SPE-Fraktion

—

Städte und Regionen, insbesondere solche, die von fortschrittlichen Kräften geführt werden, haben - zusätzlich zu den auf nationaler und europäischer Ebene ergriffenen Maßnahmen - konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Krankenhäuser und Altenpflegestrukturen sowie zur Unterstützung der Wirtschaft und insbesondere der KMU eingeleitet. Städte und Regionen haben auch neue Formen öffentlicher Dienstleistungen entwickelt, um die Belastung der von den Folgen der Pandemie betroffenen Bevölkerung zu verringern.

Auch zwischen Städten und Regionen zeigt sich große Solidarität. Die Unterstützung drückt sich teilweise auch grenzüberschreitend aus, wie im Fall der französischen Patienten aus dem Elsass, die in Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und im Saarland gebracht wurden.

Die SPE-Fraktion hat ein **online-Projekt** gestartet, um **Solidaritätsinitiativen** innerhalb und zwischen Regionen und Städten bekannt zu machen, und hat alle Mitglieder dazu eingeladen, einen Beitrag einzureichen.

Hier klicken, um mehr über das Projekt herauszufinden

Beiträge können über das [auf diesem Link](#) zur Verfügung stehende Formular auf Deutsch eingewendet werden.

Auf politischer Ebene fordert unsere Fraktion:

- eine dauerhafte Lockerung der Vorschriften des Stabilitätspakts, damit die regionale Kofinanzierung von der Schuldenberechnung ausgeschlossen wird;
- eine Erhöhung der Kofinanzierungssätze für Strukturfonds wie in der vorherigen Krise;
- eine rasche Einigung über einen ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) als Teil der Antwort auf die COVID-19;
- Wenn keine Einigung über den MFR erzielt werden kann, sollte der Rat rasch eine Entscheidung treffen und einen Notfallplan zur Verlängerung der laufenden Programme bis 2021 mit neuen Mitteln finden;
- die Schaffung europäischer Anleihen oder „Corona-Anleihen“

Der Fraktionsvorsitzende **Christophe Rouillon** hat diese Forderungen auf der vor dem Europäischen Rat stattfindenden Sitzung der Leader der Sozialdemokratischen Partei Europas am 26. März vorgestellt.

Am 26. März hat das **Europäische Parlament** den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verwendung der bisher nicht ausgegebenen Haushaltsmittel der Kohäsionspolitik im Kampf gegen das Coronavirus genehmigt. Der Fachausschuss für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER) des Europäischen Ausschusses der Regionen hat dies unter Vorsitz von SPE-Fraktionsmitglied **Isabelle Boudineau**, Vizepräsidentin der Region Nouvelle-Aquitaine (Frankreich), in einem schriftlichen Verfahren uneingeschränkt unterstützt. Der Brief ist [hier](#) verfügbar. Die SPE-Fraktion hat hierzu eine Pressemitteilung herausgegeben, die [hier](#) verfügbar ist.

Die Kohäsionspolitik zeigt dank der EU-Kommissarin **Elisa Ferreira** (SPE, Portugal), die diesen Vorschlag vorgelegt hat, erneut ihr wichtiges Potenzial in dieser Krise, wie von der Kommissarin auf einem Treffens des SPE-Netzwerks für Kohäsionspolitik hervorgehoben wurde. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates, die Verwendung nicht ausgegebener Mittel für die Kohäsionspolitik zu billigen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik ist von wesentlicher Bedeutung. Eine Beschleunigung der Verhandlungen über den nächsten

EU-Haushalt ist heute wichtiger denn je, da wir uns nach der Coronavirus-Krise keinen weiteren Zusammenbruch der Wirtschaft leisten können.

Der **Europäische Rat** vom 26. März hat neue Leitlinien vereinbart, einschließlich der Beauftragung der Eurogruppe, neue Vorschläge zu unterbreiten. Neun Länder haben europäische Wiederherstellungsanleihen (**Eurobonds**) vorgeschlagen (als "*letzte Chance für die EU, Solidarität zu zeigen*"). Die Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates steht [hier](#) zur Verfügung.

Die **Europäische Kommission** hat die Aufgabe, eine koordinierte „Ausstiegsstrategie“ zur Aufhebung sozialer Isolationsmaßnahmen auszuarbeiten. Weitere Informationen finden sich [hier](#).

Das Treffen der **Eurogruppe** findet am 7. April statt und mehrere Stimmen sprechen sich für die Idee der Eurobonds aus:

- [Klaus Regling's Interview](#), Financial Times, 31. März 2020
- ["Dutch 'no' on corona bonds undermines European project"](#), Meinungsartikel von Lodewijk Asscher, Vorsitzender der niederländischen Labour Party (PvdA) in POLITICO Europe, 31. März 2020
- ["Klaus Regling: Eurobonds are not the solution to the cost of coronavirus"](#), Irish Times

Die **Europäische Kommission** hat zudem am 1. April ein **neues Instrument für die Kurzarbeitslosenversicherung** (SURE) eingeführt, welches ein neues Kurzarbeitssystem vorschlägt, um den am stärksten betroffenen EU-Ländern, einschließlich Italien und Spanien, zu helfen. Mehr hierzu:

- [Video # COVID-19: Präsidentin von der Leyen über das Instrument zur Unterstützung der Kurzarbeit](#)
- ["EU makes new push for solidarity with €100B unemployment scheme"](#), POLITICO Europe, 31. März 2020
- [EU will Kurzarbeiter-Geld im Eiltempo](#), Deutsche Welle, 2. April 2020

Als SPE-Fraktion unterstützen wir den **Vorschlag der Kommissare Nicolas Schmit und Paolo Gentiloni**, die für Beschäftigung und Wirtschaft zuständig sind. Dieses vorübergehende Instrument sollte die Grundlage für ein ordnungsgemäßes Rückversicherungssystem für Arbeitslose sein, wie von **Iratxe García**, Vorsitzende der S&D-Fraktion, gefordert wird:

- [Pressemitteilung der S&D Fraktion](#), 1. April 2020

Darüber hinaus hat die **Europäische Kommission** nach ihren ersten Vorschlägen vom Freitag, dem 13. März, zu einer Finanzhilfe in Höhe von 37 Mrd. EUR aus den Struktur- und Investitionsfonds am Donnerstag, 2. April, eine zweite Initiative zur Mobilisierung von EU-Struktur- und Investitionsfonds vorgelegt, um eine gemeinsame europäische Antwort auf das Coronavirus und die sozioökonomischen Folgen der Krise zu fördern.

Als Reaktion auf die Kritik einiger Mitgliedstaaten an den Maßnahmen vom 13. März erwägt die Kommission weitere Änderungen der **Verordnung (1303/2013) über gemeinsame Bestimmungen zu den Struktur- und Investitionsfonds**, insbesondere dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds

(ESF) und dem Kohäsionsfonds (CF). Die vorgeschlagenen Maßnahmen gehen in Richtung bestimmter Anträge der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments und umfassen: die Möglichkeit einer Kofinanzierungsrate von bis zu 100% für die von der Pandemie betroffenen Regionen; die Möglichkeit von Übertragungen zwischen EFRE, ESF und Kohäsionsfonds; die Möglichkeit eines Transfers zwischen Kategorien von Regionen (von den reichsten zu den ärmsten Regionen und umgekehrt).

Das **Europäische Parlament** wird auf der nächsten Mini-Plenarsitzung am 16. April eine Entschließung (EVP) zu einer umfassenden Reaktion der EU auf die COVID-19-Pandemie verabschieden. Als SPE-Fraktion werden wir uns gemeinsam mit der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament bemühen, diesen Vorschlag zu beeinflussen.

Die Europäische Kommission hat angekündigt, an einem **überarbeiteten Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)** zu arbeiten. Es wird neue Instrumente für den europäischen Rettungsplan nach der COVID-19-Krise enthalten. Eine Anpassung der Zahlen wird ebenfalls erwartet, wobei das niedrigere erwartete Bruttonationaleinkommen und mögliche neue Eigenmittel für den EU-Haushalt im Einklang mit den neuen Instrumenten der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Zentralbank berücksichtigt werden. Der Vorschlag sollte bis Ende April vorliegen, aber es ist nicht klar, ob die Krise die Meinung der nationalen Regierungen über die Notwendigkeit einer schnellen Genehmigung eines neuen MFR wirklich geändert hat. Darüber hinaus kann ein Europäischer Rat, der über den MFR entscheiden würde, nicht über eine Videokonferenz abgehalten werden, daher möglicherweise nicht vor Juni.

Das Thema **Flexibilität in der Kohäsionspolitik** wird noch diskutiert. Wie bereits von Frankreich und Spanien gefordert, könnte in Betracht gezogen werden, Ressourcen zwischen Regionen zu verschieben. Italien drängt auf eine Verlängerung der förderfähigen Ausgaben und darauf, dass vorübergehende Anpassungen vom neuen MFR wieder aufgenommen werden. Bis zum Inkrafttreten der neuen MFR würde die vorläufige Ausübung im Rahmen des derzeitigen MFR fortgesetzt, es sind jedoch keine bedeutenden Beträge mehr aus dem Haushalt 2014-2020 übrig. Eine Möglichkeit könnte sein, neue Verpflichtungen und Zahlungen im Rahmen der Kohäsionspolitik einzufrieren, damit die Gemeinsame Agrarpolitik fortgesetzt werden kann, während Rabatte eingefroren werden.

Als **SPE-Fraktion** haben wir einen **Brief an Kommissionspräsidentin von der Leyen** geschrieben, in dem gefordert wird, dass der neue MFR nicht nur die Kohäsionspolitik stärkt - welche sich auch in dieser Krise als Schlüsselinstrument erwiesen hat, um Städten und Regionen bei der Bewältigung der Folgen von COVID-19 zu helfen - sondern auch sicherstellt, dass die Ziele des **Europäischen Green Deal** erreicht werden. Dies ist eine Gelegenheit, eine neue europäische Wirtschaft zu schaffen, die auf Nachhaltigkeit und einem gerechten Übergang basiert.

Darüber hinaus hat unsere politische Familie folgende **Positionspapiere** veröffentlicht:

- [“25 Vorschläge zur Bewältigung der Krise”](#), S&D Fraktion im Europäischen Parlament
- [“Aktionsplan”](#), S&D Fraktion im Europäischen Parlament
- [“Europe needs a Recovery Plan to overcome the corona crisis”](#), Sozialdemokratische Partei Europas
- [“Women are on the front line of the corona-crisis, yet gender-issues are being ignored”](#), SPE-Frauen
- [Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbunds zu COVID-19](#) 10.3.2020
- [Erklärung der Europäischen Sozialpartner ETUC, Business Europe, CEEP, SME United zur COVID-19-Krise](#), 16. März 2020

Eine neue Initiative des Europäischen Ausschusses der Regionen

Die Konferenz der Präsidenten hat am 24. März einen **Aktionsplan mit fünf Maßnahmen** angenommen, die darauf abzielen, Regionen und Städten bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung von COVID-19 zu helfen, und zwar:

- Förderung der Unterstützung der EU für lokale und regionale Gebietskörperschaften im Gesundheitssektor durch die Forderung eines EU-Mechanismus für gesundheitliche Notfälle;
- eine Plattform für den Austausch, die Zusammenarbeit und die Erleichterung der gegenseitigen Unterstützung zwischen Städten und Regionen in ganz Europa;
- mit Hilfe von AdR-Mechanismen konkrete Rückmeldungen der lokalen und regionalen Perspektive in den Bereichen Gesundheit, Notfallmaßnahmen, soziale und wirtschaftlichen Aspekte der Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Menschen und ihre lokalen Gemeinschaften zu geben;
- den lokalen und regionalen Behörden regelmäßig praktisch Informationen über EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zur Verfügung stellen;
- Erleichterung einer Realitätsprüfung auf der Grundlage der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie; Zusammenstellung von Informationen zur Verbesserung der EU-Politik auf der Grundlage der Erfahrungen auf lokaler und regionaler Ebene (*Policy Health Check*).

Diese Maßnahmen sollen von gezielten **Kommunikationsmaßnahmen** begleitet werden, die aufzeigen sollen, was die EU unternimmt, um die lokalen Gemeinschaften im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie zu unterstützen.

Weitere Informationen stehen auf der Webseite des Europäischen Ausschusses der Regionen "[Unterstützung von Regionen und Städten bei der Bekämpfung des Coronavirus](#)" zur Verfügung.

Um zur neuen Austauschplattform beizutragen, schreibt bitte an: covid19@cor.europa.eu

Der Kampf gegen Fake News

Die Europäische Union war in den letzten Wochen das Zentrum einer Kampagne von Desinformation und falschen Nachrichten. Auf einer Pressekonferenz Anfang dieser Woche sagte der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Josep Borrell (SPE / Spanien), Leiter des Europäischen Auswärtigen Dienstes: „Desinformation spielt mit dem Leben der Menschen. Desinformation kann tödlich sein.“

Pro-Kreml-Desinformationsstellen starteten einen Angriff, um wo immer möglich Misstrauen zu säen: im Gesundheitswesen, in nationalen Institutionen, in der EU und in der Weltgesundheitsorganisation. Sie verbreiten auch falsche Nachrichten über das Virus. Dies ist sehr gefährlich, da es das Leben von Menschen gefährdet. Es ist wichtig, alle daran zu erinnern, sich nur auf sichere Quellen zu verlassen, um aktualisierte Informationen über COVID-19 zu erhalten.

Als Lokal- und Regionalpolitiker/-innen steht ihr auch im Kampf gegen Fake News an vorderster Front. Hier sind einige Instrumente, die Euch helfen können:

- EUvsDISINFO: <https://euvsdisinfo.eu/>
- Betrugsmaschen im Zusammenhang mit COVID-19: https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/consumers/enforcement-consumer-protection/scams-related-covid-19_de
- Coronavirus – Seite der Europäischen Kommission, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response_de
- Coronovirus- Seite des Europäischen Parlaments: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/priorities/eu-antwort-auf-das-coronavirus>
- Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten: <https://www.ecdc.europa.eu/en/novel-coronavirus-china>
- Weltgesundheitsorganisation: <https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019>

Diese Infografik der Europäischen Kommission zeigt, was die EU für Solidarität getan hat: ([Link Twitter](#) - [Link Facebook](#)):



Initiativen für Städte und Regionen

Webinare der Intelligent Cities Challenge der Europäischen Kommission

Um Städten bei der Bewältigung der aktuellen Krise zu helfen und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, startet die Europäische Kommission ein **umfassendes Unterstützungspaket für COVID-19**, um Peer-Learning und den Austausch bewährter Verfahren zwischen europäischen Städten und Städten weltweit zu fördern. In einem ersten Schritt organisiert die Kommission zwei stadtbezogene interaktive Webinare, um Praktiken auszutauschen und Stadtverwaltungen zu unterstützen. Der erste Webinar findet am 4. April um 16.00 Uhr statt.

Weitere Informationen finden sich auf der folgenden Webseite:

<https://www.intelligentcitieschallenge.eu/covid-19-webinars>

Weitere nützliche Informationen

Nachfolgend findet ihr eine Reihe nützlicher Artikel, die von verschiedenen Think Tanks und Organisationen zum Thema COVID-19 veröffentlicht wurden:

- [Webseite der SPD-Mitglieder im Europäischen Parlament zur Coronakrise](#) und Papier [Whatever It Takes - Nur gemeinsam und in europäischer Solidarität werden wir unserer Herausforderung gerecht werden](#)
- [“Chronicle of a Pandemic Foretold”](#), herausgegeben von Andrea Renda und Rosa J. Castro, Zentrum für europäische Politikstudien
- [“Corona Virus, the greatest test to our values and choices”](#), von der FEPS-Präsidentin Maria João Rodrigues
- [“Coronavirus: Impact And Reaction \[What Think Tanks Are Thinking\]”](#), herausgegeben vom Forschungsdienst des Europäischen Parlaments
- [“Covid-19: European responses, a complete picture”](#), Stiftung Robert Schuman
- [“Covid19 impact on caring for the most vulnerable”](#), Europäisches Soziales Netzwerk
- [“The economics of a pandemic: the case of Covid-19”](#), London Business School
- [“What can the EU do to alleviate the impact of the coronavirus crisis?”](#), herausgegeben vom Forschungsdienst des Europäischen Parlaments
- [“Cop26 climate talks in Glasgow postponed until 2021”](#), The Guardian, 1. April 2020
- [Q&A der Europäischen Kommission zu den Auswirkungen des Coronavirus auf das Programm Erasmus und die Europäische Solidaritätskorps](#)